



Bundestags- brief

Nr.42 • Die Woche im Bundestag • 27.06.2008



DEUTSCHER BUNDESTAG

**Prof. Monika
Grütters, MdB**

Tel.: 030/227 70222

Fax: 030/227 76223

monika.gruetters@
bundestag.de

www.monika-gruetters.de

Die politische Lage in Deutschland

Das erste Halbjahr 2008 war innerhalb der Großen Koalition nicht einfach. Die wachsende Zerstrittenheit unseres Koalitionspartners sowie die Entscheidung der SPD, immer weiter nach links zu rücken und sich der Linkspartei anzubiedern, haben unsere Arbeit nicht erleichtert. Trotzdem haben wir auch im vergangenen halben Jahr das Land gut regiert. Zu Beginn der Sommerpause gilt es nun, geschlossen zu bleiben. Während die SPD weiter streiten wird, vor allem bei ihrer Führungsfrage, müssen wir einmal mehr zeigen, dass CDU und CSU das stabilisierende Element der Großen Koalition sind. Nach der Sommerpause kommt dann eine Reihe wichtiger Vorhaben auf uns zu, etwa die Aufstellung des Bundeshaushalts 2009, die mittelstandspolitisch freundliche Ausgestaltung der Erbschaftsteuer und natürlich auch die Frage, welche Antworten wir auf die hohen Energiepreise geben können.

Afghanistan – Wiederaufbau und Korruptionsbekämpfung:

Der zivile Wiederaufbau Afghanistans bleibt ein zentrales Anliegen deutscher Sicherheitspolitik. In den letzten Jahren hat sich die Lebenssituation der Afghanen deutlich verbessert und auch die Arbeitsfähigkeit der afghanischen Regierung hat deutlich zugenommen. Die Präsenz ausländischer Truppen wird von der überwältigenden Mehrheit der afghanischen Bevölkerung als positiv für die Sicherheit des Landes und ihren Alltag wahrgenommen. Trotz der unübersehbaren Fortschritte steht das Land aber weiterhin vor gravierenden Problemen, insbesondere in den Bereichen gute Regierungsführung und Rechtsstaatlichkeit, bei der Korruption und bei der Drogenbekämpfung. Am 12. Juni 2008 hat in Paris eine weitere Unterstützungs-Konferenz für Afghanistan stattgefunden. Dabei wurde zum einen eine Zwischenbilanz unserer in London verabschiedeten Afghanistan-Strategie – dem

Afghanistan Compact – gezogen und zum anderen hat sich die internationale Gemeinschaft auch weiterhin zu ihrem Engagement in Afghanistan verpflichtet und neue Entwicklungsgelder zugesagt – in Höhe von 20 Mrd. US-\$, wovon allein die Vereinigten Staaten fast 50 Prozent beisteuern. Deutschland ist viertgrößter Geber und wird allein den zivilen Wiederaufbau des Landes mit 140 Millionen Euro pro Jahr unterstützen. Ein besonderes Anliegen Deutschlands und hier der CDU/CSU-Bundestagsfraktion ist der Aufbau des afghanischen Sicherheitssektors. Bereits im Mai 2008 hatten wir in der EU eine Verdopplung der Europäischen Polizeimission (EUPOL) beschlossen. Auch der Aufbau der afghanischen Armee bleibt eine wichtige Aufgabe. Damit die Afghanen künftig die Sicherheit in ihrem Land selbst gewährleisten können, wird Deutschland seinen Beitrag zur Ausbildung verdreifachen und im kommenden Jahr 7500 afghanische Soldaten ausbilden. Um die Erfolge des zivilen Wiederaufbaus zu verteidigen, ist die militärische Absicherung durch die internationale Staatengemeinschaft im Rahmen von ISAF und OEF weiterhin notwendig.

EU-Nachbarschaftspolitik weiterdenken:

Ein weiteres Anliegen deutscher Sicherheitspolitik ist ein Ring verantwortungsvoller Staaten an den östlichen Grenzen der EU und rund um das Mittelmeer. Hierzu muss die EU-Nachbarschaftspolitik einen wirksameren Beitrag leisten. Einen neuen Schub für die EU-Politik gegenüber den Mittelmeeranrainern kann von der sogenannten Mittelmeerunion ausgehen, die im kommenden Monat unter französischer Präsidentschaft beschlossen werden soll. Es war unser Anliegen, dass diese Mittelmeerunion keine neuen Strukturen schafft, sondern die bestehende Nachbarschaftspolitik unterstützt. Wir erwarten nun neue Impulse für konkrete Projekte rund um das Mittelmeer. Auch die östliche Di-

mension der Nachbarschaftspolitik ist für Deutschland von großer Bedeutung. Wir begrüßen daher den jüngsten polnisch-schwedischen Vorschlag für eine Partnerschaft mit den Staaten Osteuropas. Die Überlegungen zeigen große Übereinstimmung mit unseren Vorstellungen einer verstärkten Schwarzmeerkoooperation. Besonders wichtig ist es, die Zusammenarbeit zwischen den Staaten der Region zu fördern. Mit der Lage der Republik Moldau beschäftigte sich der deutsche Bundestag in dieser Woche noch einmal gesondert in Form eines interfraktionellen Antrags. Mit diesem Antrag wird das Anliegen der Koalitionsfraktionen sowie der Fraktionen von FDP und Grünen unterstrichen, die Republik Moldau bei der Integration in europäische Strukturen weiter zu unterstützen.

Verbraucher erhalten mehr Rechte bei Kreditverkäufen

Die Koalitionsfraktionen haben in den vergangenen Monaten intensiv diskutiert, wie Verbraucher bei der Veräußerung von Immobilienkrediten besser geschützt werden können. Mit der Beratung in den Ausschüssen wurde der Weg frei gemacht, Bankkunden künftig deutlich besser bei Kreditverkäufen zu schützen: In Zukunft werden Kreditnehmer vor allem besser vor der Veräußerung von Immobilienkrediten und Zwangsvollstreckungen in ihre Grundstücke geschützt. Auslöser für die Nachbesserungen waren zahlreiche Kredite, die ohne Wissen der betroffenen Kreditnehmer durch Banken an Finanzinvestoren übertragen wurden. Dies hat zu einer großen Verunsicherung bei vielen Verbrauchern geführt. Umso wichtiger war es, in den aktuellen Gesetzesverhandlungen die Stellung der Verbraucher zu stärken. Die Einigung wurde diese Woche im Rahmen des Risikobegrenzungsgesetzes verabschiedet.

Die Einigung umfasst folgende Punkte:

- Banken müssen ihre Kunden künftig schon vor Vertragsabschluss informieren, ob ihr Darlehen verkauft werden kann. Der Kunde hat dann die Wahl, einen Kredit abzuschließen, bei dem das ausgeschlossen ist. Schon im Vorgriff auf diese Regelung haben einige Banken erfreulicherweise damit begonnen, den Verbrauchern Kredite anzubieten, die nicht veräußert werden können. Die Verbraucher werden also künftig die freie Wahl haben, ob sie einen Kredit mit oder ohne Übertragungsmöglichkeit aufnehmen.
- Banken wird es nun auch ausdrücklich verboten, den Verbrauchern in den Allgemeinen Ge-

schäftsbedingungen einen neuen Vertragspartner aufzuzwingen. Solche Vertragsklauseln sind künftig unwirksam.

- Falls nach den gesetzlichen Vorgaben eine Abtretung oder ein Vertragspartnerwechsel noch möglich ist, muss die Bank den Verbraucher hierüber unverzüglich unterrichten.

- Auch der Kündigungsschutz des Verbrauchers wird ausgebaut. In Zukunft muss der Verbraucher mit mindestens 2,5 Prozent der gesamten Darlehenssumme und zwei aufeinanderfolgenden Teilzahlungen im Rückstand sein, ehe ihm gekündigt werden kann. Nach den heute üblichen Konditionen bedeutet dies einen Zahlungsrückstand von etwa sechs Monaten. Das ist eine ganz entscheidende Verbesserung im Sinne der Kreditnehmer.

- Die Regelungen zur Sicherungsgrundschuld werden verbraucherfreundlich ausgestaltet. Die Einreden aus dem Sicherungsvertrag zwischen dem Verbraucher und der Bank, etwa die Erfüllung der Zahlungsforderung, können uneingeschränkt auch einem neuen Gläubiger entgegengehalten werden. Dies gilt auch dann, wenn sich der Erwerber der Grundschuld darauf beruft, gutgläubig gewesen zu sein. Unberechtigte Vollstreckungen in das Grundstück werden mit einem verschuldensunabhängigen Schadensersatzanspruch drastisch sanktioniert.

- Schließlich wird die Bank verpflichtet, sich drei Monate vor Ablauf der Zinsbindung oder vor Vertragsabschluss über ein Folgeangebot zu erklären. Dem Verbraucher wird es hierdurch ermöglicht, Vergleichsangebote für eine Anschlussfinanzierung einzuholen.

Das Resultat ist erfreulich und ein gutes Ergebnis für alle Verbraucherinnen und Verbraucher! Das Maßnahmenpaket verbessert insgesamt den Schutz der Verbraucher vor einer Veräußerung ihrer Immobilienkredite. Nun gilt es, verloren gegangenes Vertrauen der Verbraucher zurückzugewinnen.

Zu guter Letzt:

Deutschland ist Weltmeister im Energiesparen: Der Energieverbrauch in Deutschland ist im vergangenen Jahr so stark zurückgegangen wie in keinem anderen Land. Demnach hat Deutschland seinen Verbrauch von Öl, Kohle und Gas im vergangenen Jahr um 18,5 Millionen Tonnen Öl-Äquivalent verringert. Das entspricht einer Reduzierung von 5,6 Prozent. Die Sparleistung der Länder in der Europäischen Union blieb mit 2,2 Prozent deutlich hinter der deutschen zurück. (Quelle: BP Welt-Energiebericht)